

Public Corporate Governance Kodex

der

Stadt Halle (Saale)

Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung der Stadt Halle (Saale)

LEGENDE:

rot **Änderungsantrag des Finanzausschusses**

blau **Übernahme eines Änderungsantrages durch die Verwaltung**

lila **Änderungen nach Hauptausschuss vom 23. April 2014**

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	4
A. KODEX	6
1. Anteilseigner	6
1.1 Die Stadt als Anteilseigner	6
1.1.1 Zuständigkeiten des Stadtrates	6
1.1.2 Zuständigkeiten des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften (Finanzausschuss)	8
1.1.3 Zuständigkeiten des Oberbürgermeisters	8
1.2 Maßnahmen zur Transparenzsteigerung	9
2. Aufsichtsrat	10
2.1 Errichtung von Aufsichtsräten	10
2.2 Zusammensetzung des Aufsichtsrates	10
2.3 Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsrates	11
2.4 Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden	11
2.5 Besetzung von Aufsichtsgremien	12
2.6 Geschäftsordnung	12
2.7 Ausschüsse	12
2.8 Interessenkonflikte	12
2.9 Verschwiegenheit	13
2.10 Vergütung	13
2.11 Bericht des Aufsichtsrates	13
2.12 Städtisches Beteiligungsmanagement	13
3. Geschäftsführung und Vorstand	14
3.1 Anzahl Führungskräfte	14
3.2 Aufgaben und Zuständigkeiten	14
3.3 Interessenkonflikte	15
3.4 Vermögensschadenshaftpflicht	15
3.5 Bestellung und Anstellung	15
3.6 Altersgrenze	15
3.7 Vergütung	15
3.8 Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat	16

B.	DURCHFÜHRUNG	17
1.	Wirtschaftsplanung	17
	1.1 Terminplanung	17
	1.2 Inhalt	17
2.	Jahresabschluss und Lagebericht	17
	2.1 Terminplanung	17
	2.2 Inhalt	18
	2.3 Feststellung des Jahresabschlusses	18
	2.4 Abschlussprüfung	19
3.	Beteiligungs-Report	19
	3.1 Terminplanung	19
	3.2 Inhalt	20
4.	Beteiligungs-Bericht	20
	4.1 Terminplanung	20
	4.2 Inhalt	20
5.	Sitzungsunterlagen	20
	5.1 Schriftformerfordernis	20
	5.2 Unterlagen wegen Mandatsbetreuung	21
6.	Gemeinsamer Bericht von Unternehmensleitung und Aufsichtsrat	21
7.	Prüfungsrechte	21
8.	Korruptionsprävention	21

Anlage 1: Muster „Entsprechenserklärung“

Anlage 2: Muster „Bericht zum Kodex“

Anlage 3: Runderlass des Ministeriums des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt
„Vermeidung und Bekämpfung der Korruption“ vom 30.06.2010

Vorbemerkungen

Grundlagen

Die Beteiligungen der Stadt Halle (Saale) sind dem **Gemeinwohl** verpflichtet.

Durch die Anwendung des **Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)** (im Folgenden auch: Kodex) soll ein gute und verantwortungsvolle Unternehmens- und Beteiligungsführung und -kontrolle gewährleistet werden. Die dafür erforderlichen Regelungen sind im vorliegenden Kodex zusammengefasst.

Als **Vorbilder** für den Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale) dienen hinsichtlich Aufbau und Terminologie der Deutscher Corporate Governance Kodex (Stand: 02.07.2010) und der Public Corporate Governance Kodex des Bundes (Stand: 01.07.2009).

Zielstellung, Nutzen

Der vorliegende Kodex bildet den **Rahmen für eine komplexe Interessenstruktur**.

Den kommunalen Entscheidungsträgern soll durch Rechtsklarheit eine **effiziente Steuerung und Kontrolle** städtischer Beteiligungen ermöglicht werden.

Durch den Zuwachs an **Transparenz** ist beabsichtigt, das **Vertrauen** der Öffentlichkeit in das Handeln von Verwaltung und Politik zu erhöhen.

Mit der Einhaltung der Kodex-Grundsätze signalisieren die städtischen Beteiligungen, dass sie eine gute Unternehmensführung **über das gesetzliche Mindestmaß hinaus** verfolgen (freiwillige Selbstverpflichtung).

Anwendungs- bzw. Geltungsbereich

Der Public Corporate Governance Kodex gilt grundsätzlich für alle Beteiligungen der Stadt Halle (Saale). Er gilt **nicht** für Eigenbetriebe und Stiftungen. Eigenbetriebe sind Sondervermögen der Stadt. Kommunale rechtsfähige Stiftungen des Privatrechts sind weder zivilrechtlich noch wirtschaftlich Eigentum der Gemeinde.

Der Kodex gilt für **unmittelbare und mittelbare Beteiligungen**.

Mehrheitsbeteiligungen haben den Kodex zwingend anzuwenden; **Minderheitsbeteiligungen** wird die Anwendung des Kodex empfohlen.

Abgrenzung gegenüber Beteiligungsrichtlinie

Der Kodex stellt eine Ergänzung zur „Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale)“ dar. Wie bei einer Durchführungs-Verordnung werden die Grundregeln für das Beteiligungsmanagement in der Stadt Halle (Saale) konkretisiert.

Begriffsbestimmung

Empfehlungen sind im Kodex sprachlich durch die Verwendung des Terminus „soll“ gekennzeichnet. Eventuelle Abweichungen sind jährlich im „Bericht zum Kodex“ zu begründen und offen zu legen (siehe B.6.).

Anregungen sind im Kodex sprachlich durch die Verwendung der Termini „sollte“ oder „kann“ gekennzeichnet. Abweichungen müssen nicht begründet und offen gelegt werden.

Alle übrigen sprachlich nicht so oder anders gekennzeichneten Teile des Kodex stellen eine **Verpflichtung** dar. Abweichungen sind nicht zulässig.

Inkrafttreten

Der Kodex tritt mit Beschluss des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am **xx.xx.20xx** in Kraft und ist erstmals für das Geschäftsjahr, in dem der Beschluss gefasst wurde, anzuwenden.

Änderungen dieses Kodex unterliegen der Beschlussfassung durch den Stadtrat.

Sprachliche Gleichstellung

Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesem Kodex gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

A. KODEX

1. Anteilseigner

1.1 Die Stadt als Anteilseigner

- 1 Die Stadt Halle (Saale) ist Anteilseigner der Beteiligungsgesellschaften. Das Hauptorgan der Stadt ist der Stadtrat. In der Anteilseignerversammlung kann der Stadtrat in seiner Gesamtheit nicht tätig werden. Er wird von einer bevollmächtigten Person aus der Verwaltung vertreten.
- 2 Der Oberbürgermeister vertritt die Stadt in der Anteilseignerversammlung oder in dem entsprechenden Organ der Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist; er kann einen Beamten oder Arbeitnehmer der Gemeinde mit seiner Vertretung beauftragen (§ 119 Abs. 1 GO LSA). Die Stadt Halle (Saale) kann ihren Vertretern Weisungen erteilen, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen.
- 3 Die Anteilseignerversammlung kann der Unternehmensleitung Weisungen erteilen. Diese Weisungen können jede Angelegenheit der Unternehmensleitung betreffen. Sie dürfen nicht gegen den Gesellschaftsvertrag / die Satzung der Beteiligung und / oder geltendes Recht verstoßen.

1.1.1 Zuständigkeiten des Stadtrates

- 4 Die strategische Steuerung der Beteiligungsunternehmen erfolgt über die Vorgabe von am jeweiligen Unternehmensgegenstand orientierten Eigentümerzielen durch den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) zur Konkretisierung des Gesellschafterwillens.

Der Stadtrat soll grundsätzlich folgende Beschlusszuständigkeiten für unmittelbare Beteiligungen ausüben:

- Änderung der Gesellschaftsverträge / der Satzungen
- Umwandlungen der Rechtsform kommunaler Einrichtungen und Unternehmen auch gemäß Umwandlungsgesetz
- Errichtung, Übernahme, wesentliche Einschränkung oder Auflösung von Unternehmen
- Feststellung der Jahresabschlüsse, Ergebnisverwendung
- Billigung von Konzernabschlüssen
- Entlastung der Geschäftsführungen / Vorstände
- Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder
- Verpachtung von Unternehmen im Ganzen oder in wesentlichen Teilen
- Übertragung der Betriebsführung von Beteiligungen an Dritte

- Erwerb, Veräußerung und Abtretung von Geschäftsanteilen
- Kapitalerhöhung / -herabsetzung
- Abschluss, Kündigung, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen
- Besetzung der Aufsichtsräte
- Vergütung der Mitglieder in Aufsichtsräten,
- Wirtschaftsplan bei Beteiligungen mit städtischem Zuschuss
- ~~fiskalische~~—~~monetäre~~ Zielvorgaben im Rahmen der Haushalts-Satzung bzw. des -Konsolidierungskonzepts
- **Gesellschafterweisungen**

soweit Gesetz (z. B. Mitbestimmungsgesetz) oder Gesellschaftsverträge bzw. Satzungen keine anderweitigen Regelungen treffen.

Der Stadtrat überträgt seine Beschlusszuständigkeit zu Weisungen nach § 119 Abs. 1 Satz 5 GO-LSA ~~Gesellschafterweisungen an den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.~~ Dies setzt eine Änderung der Hauptsatzung voraus.

Bei **Mehrheits-Beteiligungen** (Geschäftsanteile der Stadt > 50%), die kein eigenes Aufsichtsgremium haben, sollen dem Stadtrat **zusätzlich** die **Beschlusszuständigkeiten** zugewiesen werden, die nach dem jeweiligen Gesellschaftsvertrag der Entscheidung der Gesellschafterversammlung unterliegen, insbesondere

- Bestellung oder Abberufung von Geschäftsführern oder Leitenden Angestellten wie z. B. Prokuristen nebst Eckpunkten der Anstellungsverträge,
- Geschäfte außerhalb des genehmigten Wirtschaftsplans bzw. außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit,
- Eingehen von Haftungsverhältnissen im Sinne von § 251 HGB und von sonstigen finanziellen Verpflichtungen im Sinne von § 285 Nr. 3 a HGB

Hierfür ~~überträgt der~~ ~~Der~~ Stadtrat ~~überträgt~~ seine Beschlusszuständigkeit an den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Bei **Gemeinschafts-Unternehmen** (Geschäftsanteile der Stadt = 50%) und bei **Minderheits-Beteiligungen** (Geschäftsanteile der Stadt < 50%) ist **zusätzlich** darauf hinzuwirken, dass dem Stadtrat gesellschaftsspezifische **Befassungsrechte** eingeräumt werden.

5 Der Stadtrat soll folgende Beschlusszuständigkeiten für mittelbare Beteiligungen ausüben:

- Besetzung der Aufsichtsräte
- Vergütung der Mitglieder in Aufsichtsräten
- soweit ein Zustimmungsvorbehalt des Stadtrates im Gesellschaftsvertrag vorgesehen ist (i. d. R. bei Erwerb, Veräußerung und Abtretung von Geschäftsanteilen)

Im Rahmen seiner Beschlusszuständigkeit besteht ein **Weisungsrecht** des Stadtrates an den Oberbürgermeister oder seinen Vertreter im Sinne von § 119 GO-LSA für entsprechende Gesellschafterbeschlüsse.

1.1.2 Zuständigkeiten des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften (Finanzausschuss)

6 Der Finanzausschuss ist an den Beschlussverfahren gemäß 1.1.1 zu beteiligen. Das Votum des Ausschusses hat bis auf die übertragenen Beschlusszuständigkeiten nach Ziffer 4 empfehlenden Charakter.

7 Der Finanzausschuss ist einmal im Quartal in nicht-öffentlicher Sitzung durch den **Beteiligungs-Report** der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) über den aktuellen Stand der Zielerreichung für die Vorgaben aus den Planungen städtischer Beteiligungen zu informieren.

1.1.3 Zuständigkeiten des Oberbürgermeisters

8 Der Oberbürgermeister ist der gesetzliche Vertreter der Stadt. Er kann einen Beamten oder Arbeitnehmer **Beigeordneten*** der Gemeinde mit seiner Vertretung beauftragen. Eine Gesellschafterweisung an eine Geschäftsleitung kann der Oberbürgermeister in dringenden Angelegenheiten erteilen, soweit Gesetz oder Gesellschaftsverträge bzw. Satzungen keine anderweitigen Regelungen treffen. Die Voraussetzungen aus § 62 Abs. 4 GO-LSA gelten entsprechend.

~~9 Ihm obliegen als Vertreter der Anteilseigner alle Tatbestände zur Beschlussfassung, sofern Gesellschaftsverträge oder Satzungen keine andere Regelung treffen oder gesetzliche Regelungen dem entgegenstehen.~~

~~Vor Beschlussfassung ist durch den Oberbürgermeister oder seinen Vertreter im Sinne von § 119 GO-LSA zu prüfen, ob der konkret zu fassende Beschluss dem Weisungsrecht des Stadtrates unterliegt.~~

~~10 Der Oberbürgermeister hat dafür Sorge zu tragen, dass den Beteiligungen Zielvorgaben zur strategischen Steuerung gemacht werden, die mit dem strategischen Konzept der Stadt Halle (Saale) im Einklang stehen.~~

1.2 Maßnahmen zur Transparenzsteigerung

- 9 **Jahresabschlüsse** sind vom Stadtrat in öffentlicher Sitzung zu behandeln.
- 10 Der jährlich von der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) zu erstellende **Beteiligungsbericht** für das vorangegangene Geschäftsjahr ist zusammen mit dem Haushaltsplan für das folgende Geschäftsjahr vom Stadtrat ebenfalls in öffentlicher Sitzung zu behandeln.
- 11 Die Unternehmensleitung und der Aufsichtsrat sind gehalten, eine **Entsprechenserklärung** oder einen **Bericht** zum „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)“ der Öffentlichkeit auf der Internetseite der Gesellschaft dauerhaft zugänglich zu machen.
- 12 Stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates, die gleichzeitig Mitglieder in Aufsichtsräten städtischer Beteiligungen sind, unterliegen einem **Mitwirkungsverbot im Stadtrat**, sofern ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat der jeweiligen Beteiligung berührt wird:
- Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder
 - ~~Personalangelegenheiten~~
 - ~~Grundstücksangelegenheiten~~
 - Vergabeentscheidungen.
- 13 Im **Amtsblatt** der Stadt Halle (Saale) ~~haben~~ **ist über** die Gesellschaften folgendes bekannt zu machen:
- Feststellung des Jahresabschlusses
 - Ergebnisverwendung
 - Entlastung der Geschäftsführungen / Vorstände
 - Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder
 - Änderungen der Gesellschaftsverträge / der Satzungen.

2. Aufsichtsrat

2.1 Errichtung von Aufsichtsräten

- 14 Die städtischen Beteiligungen sollen einen Aufsichtsrat haben, um einen angemessenen Einfluss der Gemeinde zu gewährleisten. Dies ist durch den Gesellschaftsvertrag oder die Satzung sicher zu stellen.
- 15 Dem Oberbürgermeister oder einem ständigen Vertreter steht ein Sitz im Aufsichtsrat zu.

2.2 Zusammensetzung des Aufsichtsrats

- 16 Bei der **Zusammensetzung** des Aufsichtsrats ist darauf zu achten, dass alle seine Mitglieder den Kriterien gerecht werden, die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit erforderlich sind. Dazu zählen insbesondere:
- Persönliche und fachliche Qualifikation
 - Unabhängigkeit, Unbefangenheit
 - Eigenverantwortlichkeit
 - Gewissenhaftigkeit
 - Genügend Zeit
 - Eigenverantwortliche Wahrnehmung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen

Bei der zeitlichen Organisation der Tätigkeit der Aufsichtsräte soll Berücksichtigung finden, dass es für Ehrenamtliche möglich sein muss, das Mandat auszuüben.

- 17 Jedes einzelne Mitglied in einem Aufsichtsrat soll **nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate** ausüben.
- 18 Bei der Auswahl potentieller Aufsichtsratsmitglieder ~~soll die Vergabe mindestens eines Mandats an einen externen Experten geprüft werden. Hierbei*~~ soll in besonderem Maße die Vielfalt (Diversity) berücksichtigt und eine angemessene Beteiligung von Frauen angestrebt werden.

~~Die Wahl bzw. die Entsendung eines externen Experten durch den Stadtrat erfolgt auf Vorschlag des Oberbürgermeisters, und zwar auf vorherige Empfehlung des Aufsichtsrates, soweit der Gesellschaftsvertrag ein zusätzliches fachkundiges Mitglied im Aufsichtsgremium vorsieht.~~

- 19 Die Ausführungen im „**Handbuch über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden in Sachsen-Anhalt**“ des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt im **Abschnitt VI., Kapitel 2. Aufsichtsrat** sind zu beachten.

2.3 Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsrats

20 Der Aufsichtsrat soll folgende Beschlusszuständigkeiten ausüben:

- Bestellung und Abberufung des Geschäftsführers/Vorstands
- Abschluss, Änderung, Beendigung des Anstellungsvertrages
- Empfehlung zur Feststellung von Jahresabschlüssen, Ergebnisverwendung, Entlastung der Geschäftsführung / des Vorstands
- Genehmigung der Wirtschaftspläne
(Ausnahme: Empfehlung, soweit städtischer Zuschuss)
- Wahl des Abschlussprüfers
- Genehmigung der Verfügungen über Grundstücke
- Genehmigung von außer- und überplanmäßigen Investitionen
- Genehmigung von Kreditgewährungen
- Genehmigung der Bestellung von Sicherheiten
- Genehmigung des Abschlusses von Dauerschuldverhältnissen
- Genehmigung von Geschäftsordnung bzw. Geschäftsverteilungsplan,

soweit Gesetz oder Gesellschaftsverträge bzw. Satzungen keine anderweitigen Regelungen treffen.

21 Der Aufsichtsrat hat den Rechnungslegungsprozess, das interne Kontrollsystem, die interne Revision und das Risikomanagementsystem, die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance) sowie die Unabhängigkeit und die zusätzlich erbrachten Leistungen des Abschlussprüfers zu überwachen.

Ein Weisungsrecht des Stadtrates an die von ihm gewählten bzw. entsendeten Mitglieder in Aufsichtsgremien besteht nicht.

2.4 Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden

22 Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des Aufsichtsrates. Er soll dessen Sitzungen leiten und den Aufsichtsrat vertreten, insbesondere gegenüber der Unternehmensleitung (Geschäftsführung/Vorstand).

23 Der Aufsichtsratsvorsitzende soll regelmäßig Kontakt zur Unternehmensleitung halten und mit ihr die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement des Unternehmens beraten. Er ist von der Unternehmensleitung bzw. dem Sprecher unverzüglich über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, zu informieren.

2.5 Besetzung von Aufsichtsgremien

- 24 Die Besetzung von Aufsichtsgremien unterliegt der Beschlussfassung durch den Stadtrat.
- 25 Sie soll sich an der im § 46 GO LSA beschriebenen Vorgehensweise orientieren.

2.6 Geschäftsordnung

- 26 Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung zu geben.

2.7 Ausschüsse

- 27 Zur Steigerung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit und der Behandlung von komplexen Sachverhalten kann der Aufsichtsrat Fachausschüsse bilden und deren Aufgaben und Befugnisse festsetzen. Die Ausschussvorsitzenden haben regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Ausschussarbeit zu berichten.
- 28 Den Vorsitz in Ausschüssen sollte der Aufsichtsratsvorsitzende innehaben, insbesondere in dem Ausschuss, der die Geschäftsführeranstellungs- bzw. Vorstandsverträge verhandelt.
- 29 Sollte der Aufsichtsrat einen **Prüfungsausschuss** bilden, so hat sich dieser insbesondere mit folgenden Angelegenheiten zu befassen:
- Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung
 - Angemessenheit des internen Kontrollsystems
 - Angemessenheit des Risikomanagementsystem
 - Unabhängigkeit des Abschlussprüfers
 - Festlegung von Prüfungsschwerpunkten
 - Vereinbarung des Prüfungshonorars.

2.8 Interessenkonflikte

- 30 Aufsichtsratsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet.

In Beteiligungsangelegenheiten, die im Stadtrat dem Mitwirkungsverbot unterliegen, dürfen Stadträte im Aufsichtsgremium der Beteiligung an der Beschlussfassung teilnehmen.

- 31 Aufsichtsratsmitglieder dürfen keine persönlichen Interessen verfolgen oder Geschäftschancen, von denen sie im Rahmen ihrer Aufsichtsrats Tätigkeit Kenntnis erlangen und die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen.
- 32 Jedes Aufsichtsratsmitglied soll gegenüber dem Aufsichtsrat Interessenskonflikte offen legen, die aufgrund einer Beratungsleistung oder einer Organfunktion bei Geschäftspartnern entstehen können.
- 33 Sämtliche Vertragsverhältnisse von einzelnen Aufsichtsratsmitgliedern mit der Gesellschaft unterliegen dem Zustimmungserfordernis des Aufsichtsrats.

~~Für Zuwendungen an Mitglieder in Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungen gelten die Regelungen aus dem Ehrenkodex des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) analog.~~

- 34 Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenskonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds sollen zur Beendigung des Mandats führen.

2.9 Verschwiegenheit

- 35 Die Aufsichtsratsmitglieder unterliegen grundsätzlich der Verschwiegenheitspflicht. ~~Im Ausnahmefall ist eine Berichterstattung im Sinne der §§ 394, 395 AktG zulässig. Eine Berichterstattung im Sinne der §§ 394, 395 AktG ist zulässig.~~

2.10 Vergütung

- 36 Die Höhe der Vergütung von Mitgliedern in Aufsichtsräten wird durch den Stadtrat festgelegt.

2.11 Bericht des Aufsichtsrats

- 37 Im Bericht des Aufsichtsrats soll über aufgetretene Interessenskonflikte und deren Behandlung informiert werden.
- 38 Der Bericht des Aufsichtsrats soll der Beschlussvorlage für den Stadtrat zum „Jahresabschluss“ beigefügt werden.

2.12 Städtisches Beteiligungsmanagement

- 39 Ein Vertreter der BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) soll als **Gast** an den Sitzungen des Aufsichtsrates teilnehmen. **Darüber ist in den Aufsichtsräten jeweils durch gesonderten Beschluss zu befinden.**

- 40 Unmittelbar vor Sitzungen des Aufsichtsrats sollen im Rahmen der Mandatsbetreuung **Vorbesprechungen** zwischen den städtischen Mitgliedern im Aufsichtsrat, der Unternehmensleitung und dem städtischen Beteiligungsmanagement stattfinden.

3. Geschäftsführung und Vorstand

3.1 Anzahl Führungskräfte

- 41 Die Geschäftsführung oder der Vorstand (im Folgenden auch: Unternehmensleitung) soll aus **mehreren Personen** bestehen.
- 42 Die Geschäftsführung oder der Vorstand kann aus **einer Person** bestehen, soweit eine ordnungsgemäße kaufmännische Führung gewährleistet ist.
- 43 Besteht die Unternehmensleitung aus mehreren Personen, soll sie einen **Vorsitzenden oder Sprecher** haben.
- 44 Eine Geschäftsordnung bzw. ein Geschäftsverteilungsplan soll die Zusammenarbeit regeln und ist vom Aufsichtsrat zu beschließen.

3.2 Aufgaben und Zuständigkeiten

- 45 Die Unternehmensleitung hat ihre gesetzlichen und satzungsmäßigen Pflichten gegenüber Anteilseignern und Aufsichtsrat aktiv wahrzunehmen.
- ~~46 Sie hat sich an gesamtstädtischen Zielen zu orientieren. Sie ist verpflichtet, strategische Zielvorgaben konsequent zu verfolgen.~~
- 46 Die Unternehmensleitung hat ein funktionsfähiges Steuerungs- und Überwachungssystem zu implementieren. Dazu zählen insbesondere ein internes Kontrollsystem (IKS), ein Risikomanagementsystem (RMS) und ein Compliance Management System (CMS). Sie soll ein angemessenes internes Revisionssystem (IRS) vorhalten.
- 47 Anteilseigner, Aufsichtsrat und städtisches Beteiligungsmanagement sind zeitnah, umfassend und regelmäßig über alle relevanten Sachverhalte zu informieren, insbesondere hinsichtlich Wirtschaftsplanung, Geschäftsentwicklung sowie Risikolage und Risikomanagement. Zur Durchführung wird auf Teil B dieses Kodexes verwiesen.
- 48 Den Jahresabschluss soll die Unternehmensleitung mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden und dem Anteilseignervertreter abstimmen.

3.3 Interessenkonflikte

~~49 Die Geschäftsführung / der Vorstand ist den Interessen des Anteilseigners verpflichtet.~~

49 Für die Unternehmensleitung gilt ein umfassendes **Wettbewerbsverbot**. Sie darf keine persönlichen Interessen verfolgen oder Geschäftschancen des Unternehmens für sich nutzen. Sie darf keine Vorteile von Dritten für sich entgegen nehmen oder fordern sowie Vorteile gewähren.

3.4 Vermögensschadenshaftpflicht

50 Für die Organe soll eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) abgeschlossen werden.

51 Für den Schadensfall sollte ein **angemessener Selbstbehalt** für die Unternehmensleitung vereinbart werden.

3.5 Bestellung und Anstellung

52 Die **erstmalige Bestellung** und **Anstellung** von Mitgliedern der Unternehmensleitung soll einen Zeitraum von 3 Jahren nicht überschreiten.

53 Die **wiederholte Bestellung** und **Anstellung** soll jeweils für höchstens 5 Jahre erfolgen.

3.6 Altersgrenze

54 Die Altersgrenze für das Ausscheiden von Mitgliedern der Unternehmensleitung soll sich an der **Regelaltersgrenze im Sinne des SGB IV** orientieren.

3.7 Vergütung

55 Die Unternehmensleitung soll **angemessen** vergütet werden.

56 **Bewertungsmaßstäbe** für die Angemessenheit bilden die Aufgaben des einzelnen Mitglieds der Unternehmensleitung und seine persönliche Leistung, die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unternehmens sowie die Üblichkeit unter Berücksichtigung des Vergleichsumfeldes (Benchmark).

- 57 Die Vergütungsstruktur soll auf einen **nachhaltigen Unternehmenserfolg** ausgerichtet sein.
- 58 Die Vergütung besteht aus monetären Bestandteilen, Versorgungszusagen, Nebenleistungen jeglicher Art und sonstigen Zusagen.
- 59 Die monetären Vergütungsbestandteile sollen **fixe und variable Teile** enthalten. Sowohl positiven als auch negativen Entwicklungen soll mit der Ausgestaltung des variablen Teils Rechnung getragen werden.
- 60 Die Genehmigung von **Nebentätigkeiten** und **Ehrenämtern** der Unternehmensleitung, insbesondere von Aufsichtsratsmandaten bei anderen Unternehmen, obliegt ~~dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats~~ dem **Personalausschuss des Aufsichtsrats bzw. dem Aufsichtsrat selbst**. Das Genehmigungserfordernis gilt nicht, sofern es sich um private Vermögensverwaltung handelt.

3.8 Zusammenarbeit mit dem Aufsichtsrat

- 61 Die Unternehmensleitung und der Aufsichtsrat arbeiten eng und vertraulich zusammen. Die Umsetzung der Vorgaben des Anteilseigners sind zwingend zu beachten.
- 62 Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind zeitnah, umfassend und regelmäßig über alle relevanten Sachverhalte zu informieren, insbesondere hinsichtlich Wirtschaftsplanung, Geschäftsentwicklung, Risikolage und Risikomanagement sowie Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien (Compliance).
- 63 Die Berichterstattung soll in **schriftlicher Form** erfolgen.
- 64 Die **Vorbereitung der Sitzungen** des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse obliegt der Unternehmensleitung. Entscheidungsrelevante Informationen sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig vor einer Sitzung zuzuleiten. Die Unternehmensleitung soll an den Sitzungen des Aufsichtsgremiums teilnehmen.
- 65 Die Unternehmensleitung und der Aufsichtsrat sind gehalten, einmal jährlich eine **Entsprechenserklärung bzw. einen Bericht zum „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)“** abzugeben (siehe B. 6.).

B. DURCHFÜHRUNG

1. Wirtschaftsplanung

1.1 Terminplanung und Mittelanmeldung

- 66 Der Wirtschaftsplan ist rechtzeitig **vor Beginn des neuen Geschäftsjahres** von der Unternehmensleitung aufzustellen und vom Aufsichtsrat zu genehmigen, soweit der Gesellschaftsvertrag dem nicht entgegensteht.

Hierzu sollen Vorbesprechungen zwischen dem Aufsichtsrat(svorsitzenden), dem Anteilseignervertreter und den Unternehmensleitungen stattfinden.

Fristverletzungen sollen im Aufsichtsrat erörtert werden.

- 67 Der **Beschluss des Aufsichtsrates** zum Wirtschaftsplan (Genehmigung bzw. Empfehlung) soll bei Beteiligungen mit städtischem Zuschuss jeweils spätestens 7 Tage nach der letzten Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause und bei Beteiligungen ohne städtischen Zuschuss **bzw. in Konzern-Struktur** jeweils bis zum 30. Oktober erfolgen.

- 68 Die **Mittelanmeldung** der Beteiligungen über den Zuschussbedarf ist unverzüglich zur Einordnung in den Haushaltsplan anzumelden.

Die Genehmigung des Wirtschaftsplanes durch den Stadtrat erfolgt entweder im Rahmen der Beschlussfassung zum Haushaltsplan oder mit gesondertem Beschluss zur jeweiligen Beteiligung.

1.2 Inhalt

- 69 Zum Inhalt wird auf **Kapitel 5.1 Planung** der „Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale)“ in ihrer jeweils gültigen Fassung verwiesen.

2. Jahresabschluss und Lagebericht

2.1 Terminplanung

- 70 Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind

- **innerhalb von drei Monaten** nach dem Ende des Geschäftsjahres von der Unternehmensleitung aufzustellen,
- **innerhalb von sechs Monaten** nach dem Ende des Geschäftsjahres von einem Wirtschaftsprüfer zu prüfen und

- **innerhalb von acht Monaten** nach dem Ende des Geschäftsjahres von der Anteilseignerversammlung bzw. vom Stadtrat festzustellen

71 Hierzu sollen Vorbesprechungen zwischen dem Aufsichtsrat(svorsitzenden), dem Anteilseignervertreter und den Unternehmensleitungen stattfinden.

72 Fristverletzungen sollen im Aufsichtsrat erörtert werden.

2.2 Inhalt

73 Die Geschäftsführung bzw. der Vorstand haben den Jahresabschluss und den Lagebericht gemäß den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Haushaltsgrundsätzegesetzes aufzustellen.

Die Aufstellung des Jahresabschlusses beinhaltet insbesondere die Pflichtangabe im Anhang über die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommenen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen im Sinne von § 285 Nr. 21 bzw. von § 314 Abs. 1 Nr. 13 HGB.

74 Ferner wird auf **Kapitel 5.3 Jahresabschluss** der „Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale)“ in ihrer jeweils gültigen Fassung verwiesen.

2.3 Feststellung des Jahresabschlusses

75 Die **Beschlussvorlage für die städtischen Gremien** soll bestehen aus:

- dem Beschlussvorschlag,
- der Begründung mit Kurz-Darstellung der wirtschaftlichen Lage,
- der Stellungnahme des städtischen Beteiligungsmanagements,
- dem Kurzbericht des Abschlussprüfers
- dem Bericht des Aufsichtsrates und
- dem Feststellungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes, soweit dazu eine rechtliche Verpflichtung besteht.

76 Die Thematik soll in öffentlicher Sitzung behandelt werden.

77 Die Geschäftsführer sollen an den Sitzungen des Finanzausschusses und Stadtrates, auf denen der Jahresabschluss behandelt wird, teilnehmen.

2.4 Abschlussprüfung

- 78 Vor der Auswahl eines Abschlussprüfers sind die **Ausschlussgründe** gemäß § 319 ff. HGB zu prüfen.
- 79 Dazu ist von der Unternehmensleitung eine **Erklärung des Abschlussprüfers** einzuholen, die mögliche Zweifel an seiner Unabhängigkeit ausräumen soll. Diese Erklärung soll mindestens Aussagen treffen zum:
- Umfang der beruflichen, finanziellen, familiären oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Abschlussprüfer und seinen Organen und verantwortlichen Prüfungsleitern und der zu prüfenden Gesellschaft und ihren Organen (Vorjahr, aktuelles Geschäftsjahr) und zum
 - Umfang der für die zu prüfende Gesellschaft erbrachten und zu erbringenden Beratungsleistungen (Vorjahr, aktuelles Geschäftsjahr)
- 80 Es soll derjenige Wirtschaftsprüfer zum Abschlussprüfer gewählt werden, der das wirtschaftlichste, nicht das preisgünstigste Angebot abgegeben hat. Er soll über Erfahrungen in der Beurteilung strategischer Aufgabenstellungen verfügen.
- 81 Der Abschlussprüfer soll seinem Prüfbericht stets einen **Erläuterungsteil** beifügen.
- 82 Der Abschlussprüfer soll an der **Bilanz-Sitzung des Aufsichtsrates** und ggf. an Beratungen seines Prüfungsausschusses teilnehmen und über seine Prüfung sowie wesentlichen Ergebnisse berichten.
- 83 Nach spätestens **sieben aufeinanderfolgenden Jahren** der Testatserteilung soll der Abschlussprüfer wechseln.
- 84 Ein Wirtschaftsprüfer oder ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen, die den Jahresabschluss einer Gesellschaft prüfen, dürfen **nicht gleichzeitig** mit **Beratungsleistungen** größeren Umfangs beauftragt werden.

3. Beteiligungs-Report

3.1 Terminplanung

- 85 Die berichtspflichtigen Beteiligungen haben unaufgefordert **spätestens einen Monat nach Quartals-Ultimo** die Quartals-Berichterstattung dem städtischen Beteiligungsmanagement zur Verfügung zu stellen.

86 Die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) erstellt aus diesen Informationen den Beteiligungs-Report und versendet diesen nach Maßgabe der Beteiligungsrichtlinie in ihrer jeweils gültigen Fassung.

87 Fristverletzungen für die Meldung an das städtische Beteiligungsmanagement sollen im Aufsichtsrat erörtert werden.

3.2 Inhalt

88 Zum Inhalt wird auf **Kapitel 5.2 Reporting** der „Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale)“ in ihrer jeweils gültigen Fassung verwiesen.

4. Beteiligungs-Bericht

4.1 Terminplanung

89 Die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) erstellt regelmäßig **einmal im Jahr** den Beteiligungs-Bericht für die Stadt Halle (Saale). Der Beteiligungs-Bericht ist zusammen mit dem Entwurf der Haushaltssatzung dem Stadtrat vorzulegen (§ 118 Abs. 1 GO LSA).

90 Die berichtspflichtigen Beteiligungen haben dem städtischen Beteiligungsmanagement auf Anfrage rechtzeitig die notwendigen Informationen zur Verfügung zu stellen.

91 Fristverletzungen für die Meldung an das städtische Beteiligungsmanagement sollen im Aufsichtsrat erörtert werden.

4.2 Inhalt

92 Zum Inhalt wird auf **Kapitel 4.2 Beteiligungsbericht** der „Beteiligungsrichtlinie der Stadt Halle (Saale)“ in ihrer jeweils gültigen Fassung verwiesen.

5. Sitzungsunterlagen

5.1 Schriftformerfordernis

93 Entscheidungsrelevante Informationen sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats rechtzeitig (mindestens zwei Wochen) vor einer Sitzung in **schriftlicher Form** zuzuleiten.

5.2 Unterlagen wegen Mandatsbetreuung

- 94 Die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale) ~~sol~~-hat regelmäßig eine **Ausfertigung der Sitzungsunterlagen** erhalten, so dass die Mandatsbetreuung von städtischen Vertretern in Gremien der Beteiligungen sicher gestellt werden kann.

6. Gemeinsamer Bericht von Unternehmensleitung und Aufsichtsrat

- 95 Die Unternehmensleitung und der Aufsichtsrat sind gehalten, einmal jährlich eine **Entsprechenserklärung** oder einen **Bericht** zum „Public Corporate Governance Kodex der Stadt Halle (Saale)“ abzugeben.
- 96 Die gemeinsame Berichterstattung von Unternehmensleitung und Aufsichtsrat orientiert sich am „comply-or-explain“-Prinzip.
- 97 In der **Entsprechenserklärung** („comply“) ist von der Unternehmensleitung und dem Aufsichtsrat zu erklären, dass alle Empfehlungen dieses Kodex eingehalten werden (siehe Anlage 1).

Alternativ sind im **Bericht zum Kodex** („explain“) eventuelle Abweichungen von den Empfehlungen zu erläutern und zu begründen. Zu den Kodexanregungen kann Stellung genommen werden (siehe Anlage 2).

- 98 Die Geschäftsführung/der Vorstand haben dafür Sorge zu tragen, dass die Entsprechenserklärung oder ggf. der Bericht zum Kodex auf der Internetseite der Gesellschaft der Öffentlichkeit dauerhaft zugänglich gemacht werden.

7. Prüfungsrechte

- 99 Den für die Stadt Halle (Saale) zuständigen Rechnungsprüfungseinrichtungen stehen die Rechte gemäß § 54 HGrG zu.

8. Korruptionsprävention

- 100 Korruption ist der Missbrauch eines öffentlichen Amtes, einer Funktion in der Wirtschaft oder eines politischen Mandats zugunsten eines anderen, begangen auf dessen Veranlassung oder aus eigener Initiative zur Erlangung eines Vorteils für sich oder einen Dritten.

- 101 Der **Runderlass** des Ministeriums des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt „Vermeidung und Bekämpfung der Korruption“ vom 30.06.2010, insbesondere Anlage 2, sollte beachtet werden. Der Runderlass wird als **Anlage 3** beigefügt.

Anlage 1: Muster „Entsprechenserklärung“

Anlage 2: Muster „Bericht zum Kodex“

Anlage 3: Runderlass des Ministeriums des Inneren des Landes Sachsen-Anhalt „Vermeidung und Bekämpfung der Korruption“ vom 30.06.2010

Vom Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschlossen in der Sitzung am **XX.XX.20XX.**